

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/149

12. August 1970

Der Entspannungs-Vertrag

Feststellungen zum 12. August 1970
(Seite 1 - 2 / 59 Zeilen)

Unhaltbare Behauptungen

Zur CSU-Kritik an Prof. Leussink, Bundes-
minister für Bildung und Wissenschaft
(Seite 3 - 4 / 80 Zeilen)

Die aktuelle SPD-Pressediens-Reportage

Kritische Solidarität üben!

Das Problem der Entwicklungshilfe in der
Sicht der Helfer
(Seite 5 - 6 / 87 Zeilen)

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 0, Heussallee 2-10
Postfach: 9163
Presseshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 97 - 98
Telex: 885 548/885 947/
885 048 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Der Entspannungs-Vertrag

Feststellungen zum 12. August 1970

Das deutsch-sowjetische Abkommen, das Bundeskanzler Willy Brandt, Ministerpräsident Alexej Kossygin und ihre beiden Außenminister Walter Scheel und Andrej Gromyko am 12. August in Moskau unterschrieben haben, wird unter dem Namen "Entspannungs-Vertrag" in die Geschichte eingehen. Worum es bei und mit diesem Vertrag geht, und was nicht nur der Bundesbevölkerung so intensiv wie nur möglich zu Bewußtsein gebracht werden und kommen sollte, das ist die Tatsache, daß wir an einem hoffnungsvollen Anfang stehen.

Gewiß hatten wir seit 15 Jahren diplomatische Beziehungen zwischen Bonn und Moskau gehabt, aber bei dieser Formalie, so gewichtig sie auch gerade in diesem Fall gewesen sein mag, ist es leider geblieben. Den langen Marsch zur Verständigung, zur Annäherung und vielleicht sogar zum Miteinander zwischen den beiden Staaten und ihren Menschen haben wir erst am 12. August angetreten. Das heißt, daß ein volles Vierteljahrhundert seit dem schrecklichen Ende des schrecklichen Zweiten Weltkrieges vergehen mußte, bevor es ernsthaft möglich werden konnte, daß die Deutschen der BRD und die Völker der UdSSR durch Vermittlung ihrer Regierungen aus dem Zustand des Nichtvergessenkönnens in die Entwicklungsperiode des Vergessenwollens eintreten konnten - allein mit dem Ziel, den Frieden zu sichern und auf der Basis einer so sich anbahnenden gefestigten Zusammen- und Miteinanderarbeit auf beiden Seiten selbst zu Bausteinen des Friedens zu werden, der die unabdingbare Voraussetzung für das Wohlergehen aller Menschen ist, für die die beiden Regierungen die volle Verantwortung tragen.

Willy Brandt hat in diesen historischen Stunden einmal gesagt, daß es nicht um große Worte gehen kann, sondern daß

diese Zeit Nüchternheit und politisches Augenmaß erfordert. Wir fügen hinzu: ja geradezu erzwingt. Das soll besagen, daß sich niemand, in keinem der beiden Vertrags-Staaten und auch nicht in ihren Bündnis-Lagern, mehr leisten kann und darf, gegen den Strom zu schwimmen, der in seinem Lauf von dem Zwang zur Verständigung und Entspannung diktiert wird, wenn sonst das auf anderem Wege nicht zu Überwindende Gegeneinander die Völker und Staaten nicht zu neuem Haß und Konflikten aufpeitschen soll. Das Anklammern an unbewältigte Emotionen und Nationalismen, die Unfähigkeit sonst durchaus sachkundiger Politiker, sich aus selbstgezimmerter Barrieren herausarbeiten zu können, die Festschreibung von Traditionsbindungen, die den unübersehbaren Realitäten offenkundig widersprechen, das und vieles dergleichen mehr führt niemanden und kein Volk weiter. Man wird Abschied vom Gestern nehmen müssen, wenn man das Heute gewinnen will, um das Morgen erleben zu können.

Das alles geht nicht, natürlich nicht, im Eiltempo, und es wird auch nicht ohne Stops, Rückschläge und immer neue Schmerzen vor sich gehen können. Das muß man einkalkulieren, denn die Aussöhnung mit dem Osten ist kein leichtes und schon gar kein risikoloses Unternehmen. Aber wenn wir ernsthaft wollen, dann werden wir es jedenfalls für unsere Kinder schaffen, für die deutschen und für die sowjetischen. Es ist schon sehr viel gewonnen, wenn wir über unsere Grenzen, aber nicht nur die staatlichen, hinausschauen lernen, um die dort lebenden Menschen als Partner zu akzeptieren und mit ihnen in Frieden zu arbeiten. Wir haben diese verpflichtende Aufgabe nach Westen zur guten Wirklichkeit werden lassen. Der 12. August 1970 gibt uns die verheissungsvolle Möglichkeit, diese Partnerschaft auch nach Osten realisieren zu können.

Dr. Erhardt Eckert; zzt. Moskau

+ + +

Unhaltbare Behauptungen

Zur CSU-Kritik an Prof. Leussink, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Bildungspolitik war noch nie die starke Seite des "Bayernkurier", der insofern lediglich die Ratlosigkeit der für die bayerische Politik auf diesem Gebiet bisher verantwortlichen CSU widerspiegelt. Um sich hier an der Diskussion zu beteiligen, genügt es eben nicht, mit Reizwörtern wie "Jalta" und "Potsdam" um sich zu werfen, vom "Ausverkauf" zu sprechen und zu glauben, man habe sein politisches Soll damit bereits erfüllt.

Man muß viel lesen - und vor allem genau hinschauen, wenn man in der Bildungspolitik mitreden will, aber daran scheint es beim "Bayernkurier" zu hapern, wie der Artikel "Leussinks viele Haken" beweist. In dieser Stellungnahme zum Referentenentwurf des Hochschulrahmengesetzes wird zum Beispiel behauptet, daß bis zu dessen Vorlage "außer vierzehn Thesen ... nicht viel gewesen sei". Die Vorlage des ersten Bildungsberichtes der Bundesregierung und die Arbeitsaufnahme der Bundesländerkommission für Bildungs-Planung ist dem "Bayernkurier" also offensichtlich entgangen!

Aber es kommt noch weit ärger, wenn das dreijährige Kurzstudium mit folgendem Argument als "nackte Illusion" bezeichnet wird: "Berufsgänge, in die diese Studienart führen soll, gibt es noch gar nicht." Hätte sich der "Bayernkurier" die Mühe gemacht, auch die ausführliche Begründung im Referentenentwurf zu lesen, dann wäre ihm vielleicht die Erläuterung auf Seite 45 nicht entgangen: "Abs. 3 betrifft vor allem anwendungsbezogene Studiengänge, die bisher Fachhochschulen oder vergleichbaren Einrichtungen vorbehalten waren und schon bisher eine dreijährige Dauer hatten. Die Einbeziehung solcher Studiengänge in Hochschulen, an denen auch andere Studiengänge derselben Fachrichtung angeboten werden, soll nicht zu einer Verlängerung der Studienzeiten führen." Von Berufsgängen wie Ingenieur (grad.) oder Lehrer an Grund- und Hauptschulen hat der "Bayernkurier" anscheinend noch nie gehört.

Als ebenso haltlos erweist sich die Behauptung, daß von den Hochschulen ein Nachweis der Berechtigung des numerus clausus nicht gefordert werde. Der Gesetzentwurf sagt dazu in

Paragraph 48 Abs. (3): "... stellt die Hochschule einen Antrag auf Zustimmung, der einen Vorschlag für die Zahl der aufzunehmenden Studenten enthält. In ihm werden die Entwicklung der Zahl der Studenten und der Studienanfänger, der Personal- und Sachausstattung und der räumlichen Kapazität unter Mitteilung der Berechnungsmethode dargelegt." Hier hat der "Bayernkurier" anscheinend nicht einmal den Gesetzestext gelesen. Das Begrüßenswerte an dieser Formulierung ist ja gerade, daß nicht einfach global eine Begründung gefordert wird, sondern der Gesetzgeber genau formuliert, welche Angaben die Begründung enthalten muß. Damit wird wenigstens der Versuch gemacht, willkürliche Einführungen von Zulassungsbeschränkungen zu verhindern.

Es muß verwundern, daß ausgerechnet im CSU-Zentralorgan Bedauern über eine angebliche Benachteiligung von Ersatzdienstleistenden gegenüber Wehrpflichtigen geäußert werden. Aber auch dies erweist sich bei näherem Hinsehen natürlich als Ente. § 49 des Entwurfs nimmt ausdrücklich auf Art. 12 a Abs. 1 und 2 Bezug, und Abs. 2 regelt bekanntlich den Ersatzdienst für Wehrdienstverweigerer. Wehrdienst- und Ersatzdienstleistende sollen also bei der Zulassung zum Studium gleichgestellt werden. Man wäre versucht, dies für die erstaunlichste Fehlleistung des Artikels zu halten, wenn nicht bekannt wäre, daß CSU-Politiker nach eigener Aussage nicht immer mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen.

Obwohl sich der Katalog von schiefen oder falschen Aussagen dieses Artikels noch verlängern ließe, soll hier nur noch auf eine erstaunliche Lücke hingewiesen werden. Der § 50, der ziemlich eindeutig gegen die jüngste bildungspolitische Fehlleistung der CSU gerichtet ist, weil er schlicht untersagt, die Zulassung eines Studienbewerbers von seinem Geburtsort oder Wohnsitz abhängig zu machen, wird überhaupt nicht erwähnt. Will man nicht annehmen, daß der "Bayernkurier" auch diesen Paragraphen übersehen hat, dann bleibt nur die interessante Vermutung, daß die CSU ihr Gesetz über den numerus clausus nur aus wahltaktischen Überlegungen im bayerischen Landtag durchgepeitscht hat und daher gar nicht böse darum ist, wenn es nach geschlagener Schlacht durch Bundesgesetz stillschweigend wieder beerdigt wird.

Bleibt nur das Resumé, daß eine Partei, die einen in der Sache so inkompetenten Artikel in ihrem offiziellen Sprachrohr abgedruckt, ihre eigene bildungspolitische Unfähigkeit dokumentiert. Aber das hat die CSU in der zu Ende gehenden bayerischen Legislaturperiode ohnehin hinlänglich genug unter Beweis gestellt.

Dr. Uwe Janssen

+ + +

Die aktuelle SPD-Pressedienst-Reportage

Kritische Solidarität üben!

Das Problem der Entwicklungshilfe in der Sicht der Helfer

Zum 1. Oktober wird vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in Bonn-Bad Godesberg eine junge Deutsche gesucht, die in Zambia als Krankenschwester im Siedlungsgebiet bei Ndola in der Gesundheitsberatung tätig werden soll. Sie ist eine der 100 noch fehlenden Freiwilligen, die vom DED für Afrika und Latein-Amerika dringend gesucht werden: in der Hauptsache Ingenieure und Techniker für Hoch- und Tiefbau, für Maschinenbau, Elektro-, Radio- und TV-Technik.

Vielleicht ist diese bis jetzt noch unbekannte Krankenschwester politisch interessiert. Denn in Zambia, wo 65 junge Entwicklungshelfer aus der Bundesrepublik Deutschland in den verschiedensten Bereichen arbeiten - übrigens sind sie die größte Gruppe in den 14 afrikanischen Ländern mit DED-Freiwilligen -, begnügen sich die jungen Deutschen nicht mit "projekt-orientierter Facharbeit", sondern sie denken auch darüber nach, was ihre Arbeit denn eigentlich bewirkt. In der letzten Ausgabe der "Brief"-Informationen des Deutschen Entwicklungsdienstes stellt Christa Brandt, eine der 65, für alle Entwicklungshelfer in Zambia hochaktuelle Fragen, die auch bei uns zu Hause die Entwicklungspolitik und andere bewegen:

"Die Fragen, die unter uns Entwicklungshelfern in Zambia permanent diskutiert und dadurch immer bedrückender werden, lassen sich in der Frage 'Wer wird durch unsere Entwicklungshilfe eigentlich entwickelt?' aufrollen. Sind es die reichen Industrienationen, die ihren Reichtum, ihre wirtschaftliche Stabilität, ihren Einfluß, ihre Macht und damit ihren Führungsanspruch in der Welt weiter entwickeln? (Warum wird die Disparität zwischen reichen und armen Ländern trotz und sogar durch Entwicklungshilfe immer größer?) Sind es die privilegierten Schichten innerhalb der einzelnen Nationen (in der Dritten Welt. Die Red.), die ihre Bildung, ihre wirtschaftliche Situation und ihren politischen Anspruch entwickeln und sich so immer mehr von dem 'common man' entfernen? (Wird nicht die Annäherung dieser Schichten der Entwicklungsländer an - von Entwicklungshelfern eingeführten und demonstrierten - Lebens-, Verhaltens- und Denkmodellen gefördert und die Disparität zwischen Stadt- und Landbevölkerung, formal Gebildeten und Ungebildeten, Reichen und Armen immer größer?"

Die DED-Freiwillige Christa Brandt stellt dann drei Thesen auf: 1/ Der DED hilft mit, den status quo in der Welt zu erhalten; er hilft 2/ mit, neokolonialistische Tendenzen ... zu beleben; und er hilft 3/ mit, Rassisten zu entwickeln. Die These

zwei erläutert die engagierte Freiwillige mit Erfahrungen aus dem Alltag über die sog. Kulesa-Formel (Dr. M. Kulesa ist der Hauptgeschäftsführer des DED), die da heißt, die DED-Helfer sollten "praktische Solidarität mit den Menschen ihrer Umgebung im Gastland üben". Christa Brandt wendet ein, daß diese praktische Solidarität sich häufig nur mit den Europäern im Gastland ergebe. Die Kritikerin schließt mit dem "Merksatz": "Unsere Herausforderung gilt nicht allein dem DED, sondern primär einer Gesellschaft, die nachweisbar nicht in der Lage ist, Entspannung durch wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ausgleich zu verwirklichen oder, konkret, die kaum Entwicklungshelfer stellen kann, sondern vorwiegend Technokraten und Karrieremacher produziert."

Immerhin: Die Erkenntnis, daß die Hilfe der DED-Freiwilligen nicht immer an die richtige Adresse gelangt, nämlich nicht an die Bedürftigen, sondern oft auch an Reiche, hat im Oktober 1969 bei der Verabschiedung von Entwicklungshelfern durch Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann, DED-Aufsichtsratsvorsitzender Prof. Dr. Weizsäcker und Bundesminister Dr. Erhard Eppler, der Sprecher der Freiwilligen, Jürgen Groß, ebenfalls nicht verheimlicht: "Wir sind uns natürlich darüber im klaren, daß von Zeit zu Zeit unsere Tätigkeit dazu dient, daß die Reichen noch reicher werden. Das läßt sich leider manchmal nicht vermeiden, wir wissen es, und wir nehmen es in Kauf, weil wir der Auffassung sind, daß der andere Aspekt dabei noch überwiegt..."

Bundesminister Dr. Eppler mußte an Christa Brandt seine helle Freude haben. Denn bei jener Verabschiedung im Oktober 1969 hat er den DED-Freiwilligen die "Bitte um kritische Solidarität" mitgegeben, wenn sie in "Spannung kommen sollten zwischen dem, was ist und zwischen dem, was Sie tun möchten und dem, was Sie tun können". Dr. Eppler beklagte, daß wir in unserer Gesellschaft genug an Kritik einerseits und auch genug an Solidarität andererseits hätten. Uns fehle aber die Verbindung von beiden. Wir brauchen mehr Menschen, die in kritischer Solidarität versuchten, die Gesellschaft zu verändern. Dies könne man aber nur, wenn man sich in sie hineinstelle, sich mit ihr, ja sogar mit ihren Fehlern solidarisch erkläre und von da aus versuche, sie kritisch zu durchleuchten und ihr weiterzuhelfen.

Christa Brandt tut dies ja, indem sie weiterhin in ihrem Projekt in Zambia gut mitarbeitet. Gleichzeitig aber läßt sie es damit nicht bewenden. Sie stellt provozierende Fragen, die endlich lösend zu beantworten wir alle nicht nachlassen dürfen.

Heinz Ockhardt